

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Gemeinderates
in der 12. Funktionsperiode ab 1954
am Dienstag, den 27. September 2005 um 19.30
im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Hinterbrühl,
Römerwandpark, Hauptstraße 29a.

anwesend sind:

- | | |
|--------------------------------|-------------------------------|
| 1. Bgm Benno Moldan | 12. GR Gerhard Haindl |
| 2. Vbgm Brigitte Güntner | 13. GR Mag. Margit Jakes |
| 3. Vbgm Michael Fichtinger | 14. GR Ing. Hermann Klein |
| 4. gfGR Ing. Mag. Hermann Bahr | 15. GR Ursula Lefevre |
| 5. gfGR Heinrich Holzer | 16. GR Franz Libardi |
| 6. gfGR Werner Jurenitsch | 17. GR Johanna Lütgendorf |
| 7. gfGR Mag. Erich Moser | 18. GR Dipl. Ing. Herwig Mang |
| 8. gfGR Ferdinand Szuppin | 19. GR Gabriela Manninger |
| 9. GR Monika Dürauer | 20. GR Angelika Ornauer |
| 10. GR Peter Durec | 21. GR Dr. Hansjörg Preiss |
| 11. GR Richard Fleis | 22. GR Mag. Fritz Secker |

entschuldigt abwesend sind:

- | | |
|------------------------------------|----------------------|
| 23. GR Dr. Simone Kerres-Denkstein | 25. GR Peter Pikisch |
| 24. GR Günter J. Kuskardy | |

Vorsitz:

Bgm. Benno Moldan

Schriftführer:

Wolfgang Gasnarek

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.35 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest. Gegen das Protokoll der letzten Sitzung wurde kein Einwand erhoben, es gilt daher als genehmigt.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor, nachstehenden Punkt noch in die Tagesordnung aufzunehmen:

**„Zufahrtsstraße zur A 21 hinter dem Wirtschaftshof“
einstimmig angenommen**

Danach gibt der Vorsitzende folgende zur Beratung vorgesehene

TAGESORDNUNG

bekannt:

im öffentlichen Teil der Sitzung werden verhandelt:

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Anschaffung Gemeindefahrzeug
3. Flächenwidmungs- und Bebauungsplan – Stellungnahmen
4. Polizeiinspektion – Auftragsvergaben
5. Grundabtretung Maschitz
6. Kaufvertrag und Servitutsvereinbarung Klepp
7. Zufahrtsstraße zur A 21 hinter dem Wirtschaftshof

8. Urnenbeisetzung auf Privatgrund
9. Internetsendeanlagen Sparbach und Weißenbach
10. dringende Anfragen an den Bürgermeister

1. **Bericht des Bürgermeisters**

- Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 30.08.2005 beschlossen, das Gemeindeamt mit einer den heutigen Erfordernissen entsprechenden EDV-Anlage auszustatten. Darin inkludiert sind ein Server und verschiedene gemeindespezifische Programme für die Führung der Buchhaltung, das Bauamt, Meldewesen usw. Verschiedene Daten, die konvertiert werden müssen, sind bereits in Bearbeitung. Mitte Oktober soll ein Probetrieb zu laufen beginnen, spätestens mit Jahreswechsel soll die EDV komplett umgestellt werden.
- Wie bekannt ist, wurde der Vertrag mit der Stadtgemeinde Mödling über die Überlassung der Aufbahrungshalle bereits zwei mal gekündigt; einmal bei der Stadtgemeinde und einmal bei der Betriebsgesellschaft. Als weitere Vorgangsweise wird überlegt, nun eine Mietvereinbarung über jene Gegenstände abzuschließen, die für eine Beerdigung notwendig sind. Mödlings Angebot liegt bei ~~€30~~ - zzgl. MWSt. pro Beerdigung.

In Anbetracht des Wertes dieser Gegenstände, der bei etwa €2000, - liegen dürfte, scheint dieses Angebot doch überzogen. Bgm. Moldan wird daher Erkundigungen über den Anschaffungswert der erforderlichen Devotionalien einholen, damit die Gemeinde ihre Aufbahrungshalle eventuell selbst ausstatten kann.
- Der vergangene Winter hat gezeigt, dass die Gemeinde bei der Räumung der Hinterbrühler Straßen bei üblicher Diensteinteilung an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Es muss daher ein Dienstrad gefunden werden, das die komplette Schneeräumung rund um die Uhr gewährleistet.

Bürgermeister, Amtsleiterin und Vorarbeiter haben bereits Gespräche geführt, um in dieser Sache voranzukommen. Bis zum ersten möglichen Wintereinbruch sollte eine Lösung gefunden sein.
- Während der Sommerpause ist ein Entwurf zur Erneuerung des Veranstaltungsgesetzes erarbeitet und den niederösterreichischen Gemeinden zur Stellungnahme vorgelegt worden. Er sieht zum Einen eine wesentliche Änderung vor, indem von Veranstaltungsbewilligungen auf ein Anmeldesystem abgegangen werden soll. Zum Anderen sollen Veranstaltungen mit bis zu 5.000 bis 10.000 Teilnehmern nunmehr in den Verantwortungsbereich der Gemeinde verlegt werden.

Bgm. Moldan hat diesen Entwurf dem Kommandanten der FF Hinterbühl, Franz Sittner, zur Begutachtung übergeben. Seine Stellungnahme wurde dem Land zur Kenntnis gebracht.
- Herr Dipl. Ing. Erwin Dollensky aus Alland wollte auf der A 21 eine Bürgerversammlung zur Erhaltung des Wienerwaldes als Lebens- und Naturraum abhalten. Die Verkehrsprognosen weisen ja auf ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen auf der A 21 hin. Dafür hat er bei der BH Mödling um die Sperre der A 21 am Samstag, den 24.09.2005 angesucht. Die Bezirkshauptmannschaft hat diese Sperre nicht bewilligt.

2. Anschaffung Gemeindefahrzeug

Die alte VW-Pritsche der Gemeinde ist kaputt. Nach dem Zerlegen des Motors und weiterer Teile des Fahrzeugs ist erkennbar, dass eine Reparatur nicht mehr sinnvoll ist. Zudem ergibt sich die Frage, wann dann der nächste Schaden in einem anderen Bereich auftritt.

Das Gemeindeamt hat erste Erkundigungen für den Neuankauf eines Pritschenfahrzeugs eingeholt, wobei darauf Bedacht genommen wurde, dass nach Möglichkeit ein Fahrzeug mit Allradantrieb (Winterdienst) und großer Pritsche (Transport der Iseki-Traktoren) angekauft würde. Dazu muss ein ordentlicher Salzstreuer für die neue Pritsche angeschafft werden, und es stellt sich Frage, ob es nicht sinnvoll ist auch einen Silo zur Lagerung und zum leichteren Einfüllen des Salzes in beide Streugeräte anzuschaffen. Der Kostenrahmen für alles würde etwa bei ~~€~~10000, - bis ~~€~~15000, - liegen.

Es muss aber schnell eine Lösung gefunden werden, weil die Lieferzeiten bei solchen Fahrzeugen durch die notwendige Einzelanfertigung einzelner Teile zwischen zwei und drei Monaten liegt.

Zur Finanzierung gibt es verschiedene Denkvarianten, die von der Budgetierung im kommenden Voranschlag bis hin zu einer Leasingvariante reichen. Der Kostenrahmen für das Fahrzeug selbst ist ungefähr bekannt, die nächste Sitzung des Gemeinderates findet aber erst Ende November statt.

Antrag:

Der Gemeinderat ermächtigt den Gemeindevorstand den Auftrag zur Lieferung des Pritschenfahrzeugs an den Bestbieter zu vergeben.

einstimmig angenommen

3. Flächenwidmungs- und Bebauungsplan – Stellungnahmen

Der Flächenwidmungs- und der Bebauungsplan sind länger als gesetzlich vorgesehen aufgelegt. Jedermann hatte die Möglichkeit, eine Stellungnahme dazu abzugeben. **gfGR Ing. Mag. Hermann Bahr** bemerkt dazu, dass relativ wenige Stellungnahmen abgegeben wurden und einige wiederum durch die Gremien der Gemeinde eigentlich nicht zu behandeln waren, weil Änderungen gewünscht wurden, die nicht vorgesehen waren und auch nicht aufgelegt wurden.

Der Raumordnungsausschuss und der Gemeindevorstand haben sich mit den eingelangten Stellungnahmen befasst und schlagen folgende Vorgangsweise vor:

1. Dr. Rudolf Schier

Ansuchen um Rückwidmung des ca. 7 m breiten Streifens entlang des Kornhäuselweges zum Grst.Nr. 597/11.

Der ROA kommt zum Entschluss, dass man den Antragsteller für den geplanten Termin eines Lokalaugenscheines, bei der auch die weiteren Anrainer des Kornhäuselweges eingeladen werden, informiert.

2. Wilhelm Rester

Umwidmung von Bauklasse I auf Bauklasse II.

Nicht berücksichtigen.

3. Mag. Michaela Auer

Verschiebung der Widmungsart (Bauklasse II) an die östliche Grundstücksgrenze.

Der Stellungnahme zur Widmungsänderung wird nach positivem Beschluss stattgegeben und bei der nächsten Änderung des Bebauungsplanes berücksichtigt.

4. Dkfm. Walter und Bosiljka Baumgartner

1. Geologische Karte (Büro Friedl) stimmt nicht mit Bebauungsplan überein.

2. Baufluchtlinie geändert.

zu 1. Die geologische Karte von Büro Friedl stimmt insofern nicht mit dem Bebauungsplan überein, da in der geologischen Karte die Stollen und im Bebauungsplan die Fläche der Tragfähigkeit des Bodens und nicht die Stollen eingezeichnet sind.

Zu 2. Die Baufluchtlinien wurden nicht geändert.

5. Martina Bednarik

Änderung der Bebauungsvorschriften Punkt 9.2:

9.2 Kraftfahrzeug-Stellplätze im Freien sind in einem Mindestabstand zu Grundgrenzen von 1,5 m anzuordnen, ausgenommen gegen Verkehrsflächen und bis zu einem Abstand von 5,00 m von der Straßenfluchtlinie und ausgenommen in Bereichen der Grundgrenzen, an denen am Nachbargrundstück ebenfalls Kfz-Stellplätze baubehördlich bewilligt werden.

Bürgermeister Moldan unterbreitet dem ROA den Vorschlag, dass der Rechtsberater der Marktgemeinde Hinterbrühl, Dr. Michael Bartmann, eine bessere Formulierung ausarbeiten soll.

6. Barbara Nowak

Umwidmung im letzten Bebauungsplan (genehmigt von der NÖ Landesregierung am 13.01.2004) von Bauklasse I auf Gebäudehöhe in Hanglagen talseitig 6,5 m, und hangseitig 5,5 m.

Nicht berücksichtigen.

7. Anna Baumann, Wassergspreng

Änderung der max. bebauten Fläche für die GEB's 14 (145m²) und 14a (155m²).

Für die genaue Formulierung des Ansuchens soll mit Familie Baumann ein Gesprächstermin durch den Bürgermeister vereinbart werden.

8 und 11. Gertrude Gruber und Vera Fromm

Beabsichtigte Änderung des Bebauungsplanes von Bauklasse I und II auf Gebäudehöhen 6,5 m und 5,5 m.

Beide Antragsteller müssten durch die geplante Änderung der Gebäudehöhe in Hanglage einen Wertverlust ihrer Grundstücke hinnehmen, derzeitige Widmung 20% Bebauungsdichte, Bauklasse I und II (beide Grundstücke befinden sich in der Bausperrzone zwischen Römerwandweg und Roseggersteig).

Bürgermeister Moldan will persönlich mit den Antragstellern über eine zufriedenstellende Lösung verhandeln.

9. Dipl. Ing. Friedrich Maurer

Umwidmung von Ggü auf BW

Zu der Stellungnahme von DI Maurer wird festgehalten, dass bezüglich der Umwidmung des Grundstückes 450/1, EZ 1427, eine Vorstellung bei der NÖ Landesregierung aufliegt. Für die weitere Beurteilung durch den ROA ist die Stellungnahme der NÖ Landesregierung abzuwarten.

10. Eigentümergemeinschaft	Postweg 6 (Fam. Eder)
Franz Bierbach,	Postweg 7
Bernd H. Pierstorff,	Postweg 4
DDr. Peter Gruber,	Postweg 5

Verbreiterung des Postweges auf 6 m.

Die Verbreiterung des Postweges ist seitens der Marktgemeinde Hinterbrühl nicht vorgesehen, daher werden die Stellungnahmen nicht berücksichtigt.

Antrag:

Der Flächenwidmungs- und der Bebauungsplan werden vom Gemeinderat wie öffentlich aufgelegt inklusive der Antworten auf die eingelangten Stellungnahmen beschlossen.

einstimmig angenommen

4. Polizeiinspektion – Auftragsvergabe

GR Gerhard Haindl verlässt während dieses Tagesordnungspunktes wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Nachdem in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates erste Arbeiten für die Errichtung des Polizeigebäudes vergeben werden konnten, ist nur die zweite Tranche zu beschließen. Das Architekturbüro Marosevic hat eine Liste ausgearbeitet und dem Gemeindevorstand zur Behandlung vorgelegt. Dieser empfiehlt folgende Bestbieter mit den Arbeiten zu beauftragen:

<i>Leistung</i>	<i>Firma</i>	<i>Preis inkl. 20%</i>
Schwarzdecker	Isolit / Wien	4.765,13
Bauspengler	Haindl	11.100,00
Außenrollläden	Weinzettl / Weiner Neustadt	3.469,56
Trockenbau	MBS BaugesmbH / Wilhelmsburg	6.160,01
Kunststein	Johann Köslar / Wr. Neudorf	8.760,00
Bodenleger	Scheiblauer KG / Petzenkirchen	5.998,70
Maler- und Anstreicher	Josef Strutz – Baumanagement Kalsdorf bei Graz	6.001,80
Fliesenleger	Bocksrucker GmbH / Neunkirchen	7.012,86
Tischler – Innentüren	Talos GmbH / Mattersburg	16.482,00

Auf Anfrage **GR Ing. Hermann Kleins** bestätigt der Bürgermeister, dass die vorgesehenen Gesamtkosten des Vorhabens eingehalten werden.

Antrag:

Die Aufträge für die weitere Errichtung der Polizeiinspektion werden laut verlesener Liste des Architekturbüros Marosevic an die jeweiligen Bestbieter vergeben.

einstimmig angenommen

5. Grundabtretung Maschitz

Um den Gehsteig von der Baustelle Hauptstraße/Johannesstraße in der Johannesstraße in Richtung Maria Enzersdorf gerade durchziehen zu können, müsste der Anrainer Alfred Maschitz einen Teil seines Grundstücks freiwillig an die Gemeinde abtreten. Über diese Abtretung konnte zwischen der Gemeinde und Herrn Maschitz bereits Einigung erzielt werden. Demnach tritt Herr Maschitz etwa 1,8 m² seines Grundes an die Gemeinde ab, dafür asphaltiert die Gemeinde einen Bereich vor seiner Einfahrt in der Größenordnung von etwa 12 bis 14 m². Der Rechtsberater der Gemeinde, Dr. Michael Bartmann, hat einen Vertrag entworfen und zur Beschlussfassung vorgelegt.

Antrag:

Der vorliegende Vertrag zwischen Herrn Alfred Maschitz und der Marktgemeinde Hinterbrühl über die freiwillige Grundabtretung und dafür Asphaltierung durch die Gemeinde wird vom Gemeinderat beschlossen.

einstimmig angenommen

6. Kaufvertrag und Servitutsvereinbarung Klepp

Das Grundstück 610/1 in der Hinterbrühl (Ecke der Gießhüblerstraße mit dem Rudolf von Alt Weg) hat ein Gesamtausmaß von etwa 1.382 m². Um es nach dem Hinterbrühler Bebauungsplan teilen zu können, bräuchte es noch weitere 18 m², wenn der Grundeigentümer von Bauklasse I,II auf Bauklasse I abstuft. Diese 18 m² würden am Rudolf von Alt Weg liegen. Die Gemeinde würde für den Verkauf €300 - /m² bekommen, als weitere Gegenleistung würde eine Servitut eingereicht, das in die neuen Grundstücke weiter hinein geht als die Grenze jetzt gelegen ist. Somit würde sich am Naturstand nichts ändern, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Grundteilung wären aber gegeben. Außerdem birgt diese Variante den Vorteil, dass der am Eck Rudolf von Alt Weg und Gießhüblerstraße errichtete Strommast nicht versetzt werden müsste. Eine durchgehende Breite von 3 m müsste, notfalls durch Beseitigung einer Hecke, durchgesetzt werden. Diese Änderung müsste auch im Flächenwidmungsplan berücksichtigt werden, was aber erst bei der nächsten Änderung geschehen kann.

GR Mag. Fritz Secker sieht in der Vorgangsweise den Versuch der Gemeinde großvolumige Bauten zu verhindern, die aber als Startwohnungen für junge Hinterbrühler notwendig wären. Ebenso ist **GR Ing. Hermann Klein** der Ansicht, dass es kein Entwicklungskonzept zu Gemeindewohnungen gibt. **Bgm. Benno Moldan** verweist in seiner Antwort auf das fehlende Kapital der Gemeinde zur Errichtung neuer Wohnungen. Erst wenn die jetzigen Wohnungen verkauft wurden und somit Kapital für Neubauten vorhanden ist, könnten neue gebaut werden.

Antrag:

Der vorliegende Vertragsentwurf wird vom Gemeinderat beschlossen.

einstimmig angenommen

7. Zufahrtsstraße zur A 21 hinter dem Wirtschaftshof

Der Güterweg vom Gemeindedepot in Sparbach entlang der Autobahn bis zur Raststation Hinterbrühl soll ausgebaut werden, damit die LKWs vom Steinbruch Gaaden in Richtung Wien auf die Autobahn auffahren können, ohne zweimal durch den Ort zu müssen. Gedacht ist an eine 4 m breite Straße mit entsprechendem Untergrund, damit sie auch von

schweren LKWs befahren werden kann. Die Möglichkeit dazu bietet sich jetzt in der Endphase der Errichtung der Autobahnraststätte.

Es gibt dazu ein Projekt, das Gesamtkosten von etwa €18000, - vorsieht. Nach den bisherigen Verhandlung sollten die Kosten zwischen ASFINAG, Gemeinde und Steinbruch aufgeteilt werden. Demnach entfielen auf die Gemeinde €4000, - inkl. MWSt., auf den Steinbruch €10000, - zzgl. MWSt. und der Rest auf die ASFINAG. Die Straße könnte rasch verwirklicht und heuer noch fertiggestellt werden.

Vbgm Michael Fichtinger regt an neben der Straße noch einen etwa 1,5 m breiten Streifen mit leichterem Unterbau vorzusehen, damit die Radweg-Lücke zwischen Sparbach und Weißenbach geschlossen werden kann. Wenn der Wildzaun entlang der Autobahn noch versetzt würde, entstünde ohne großen finanziellen Aufwand ein durchgehender Radweg zwischen den beiden Katastralgemeinden.

Auf Anfrage **GR Mag. Fritz Seckers** kann Bgm Moldan nicht garantieren, dass die Straße von den Frächtern angenommen wird, weil sie ja trotzdem die Autobahnmaut zu entrichten haben. Es ergäbe sich aber für die Transportunternehmen eine Einsparung von etwa 3 bis 4 km pro Fahrt.

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt die Kostenbeteiligung von €4000, - an der Erweiterung des Güterweges vom Gemeindedepot Sparbach bis zur Raststation Hinterbrühl.

einstimmig angenommen

8. Urnenbeisetzung auf Privatgrund

Frau Ulrike Koller hat angesucht, die Urne ihrer verstorbenen Mutter Hertha, verstorben am 19.08.2005 in Linz, auf ihrem Grundstück in Hinterbrühl, Hauptstraße 62a beisetzen zu dürfen. Es liegt eine Skizze vor, wo am Grundstück die Urne beerdigt werden soll. Nach den Bestimmungen den NÖ Leichen- und Bestattungsgesetzes ist der Gemeinderat berufen, diese Bewilligung zu erteilen.

Antrag:

Dem Ansuchen von Frau Koller wird stattgegeben.

einstimmig angenommen

9. Internetsendeanlage Sparbach und Weißenbach

Die FF Weißenbach ist an Kabelsignal herangetreten, um einen Breitband-Internetzugang zu erhalten. In Weißenbach gibt es nur wenige ADSL-Anschlüsse, die noch von der Telekom hergestellt wurden. Aussicht auf weitere ADSL-Anschlüsse gibt es nicht, weil sie sich für Telekom nicht rechnen würden. Trotzdem benötigen die in Weißenbach ansässigen Unternehmen einen Breitband-Internetzugang.

Kabelsignal hätte die Möglichkeit, diese Anschlüsse über eine Funkverbindung herzustellen. Wenn das auch technologisch der logische Fortschritt ist, bleibt dennoch zu beachten, dass sämtliche strahlenbelasteten Techniken äußerst sensibel zu behandeln sind. Die Erfahrung mit den Handy-Masten hat gezeigt, dass die Bevölkerung in diesem Bereich teilweise verunsichert ist.

Umweltgemeinderat Peter Durec hat im Auftrag des Bürgermeisters über die zu erwartende Strahlenbelastung Informationen eingeholt. Das von der Kabelsignal eingesetzte Funksystem unterscheidet sich zum herkömmlichen Handyfunk vor allem dadurch, dass der Internetfunk ein Richtfunk ist, während die Sendeanlagen der Mobilfunkbetreiber flächendeckend Feldstärke aufbauen müssen. Das bedeutet, dass zwischen der Sende- und der Empfangsanlage ständig Sichtkontakt bestehen muss, damit das System funktioniert. Die Strahlung wird auf einer exakt definierten Strecke von A nach B geführt, es kommt zu keiner Berührung mit einem Bereich, in dem sich ständig Menschen aufhalten. Außerdem wird mit einer wesentlich geringeren Sendeleistung gearbeitet. Während Handys mit bis zu 2 Watt Sendeleistung arbeiten, geht man beim Internetfunk nur von 0,1 Watt aus.

Antrag:

Die Gemeinde soll mit der Kabelsignal in Verhandlungen eintreten, damit die Versorgung Weißenbachs und Sparbachs mit dem Breitband-Internet so bald wie möglich umgesetzt wird.

einstimmig angenommen

10. Dringende Anfragen an den Bürgermeister

Es werden keine Anfragen in dieser Sitzungen gestellt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20.40 Uhr.

Wolfgang Gasnarek

Schriftführer

Benno Moldan

Vorsitzender

Brigitte Güntner

für die
Aktionsgemeinschaft Hinterbrühl

Michael Fichtinger

für die Unabhängige Bürgerliste

Heinrich Holzer

für die SPÖ

Mag. Fritz Secker

für die D.B.A.